

Niederschrift
über die 11. Sitzung des Ausschusses für Personal und allgemeine
Verwaltung
am 28.11.2022 in Köln, Horion-Haus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Boss, Frank
Cölln, Heiner
Henk-Hollstein, Anne
Hermes, Achim
Kretschmer, Gabriele
Petrauschke, Hans-Jürgen
Dr. Schlieben, Nils Helge

SPD

Bozkir, Timur
Cirener, Thomas
Joebges, Heinz
Schmitz, Hans
Wucherpennig, Brigitte

Vorsitzender

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bortlitz-Dickhoff, Johannes
Gerlach, Lisa
Hölzing, Bärbel
Klemm, Ralf
Tuschen, Johannes

für Rickes, Roland
für Ernst, Sandra
für Peters, Anna

FDP

Effertz, Lars Oliver
Runkler, Hans-Otto

Die Linke.

Basten, Larissa

Die FRAKTION

Thiel, Carsten

für König, Simon

Gruppe FREIE WÄHLER

Bayer, Udo

Verwaltung:

Limbach, Reiner

Dannat, Knut

Hilden, Andreas

Piel, Lena

Beuel, Stefan (Protokoll)

Erster Landesrat

FBL 14

LVR-FB 12

stellv. Leiterin Stab GGM

OE 10.10

Schätzer, Norbert

Schneider, Sandy

GPR-Vorsitzender

persönliche Referentin ELR

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- | | <u>Beratungsgrundlage</u> |
|---|---|
| 1. Anerkennung der Tagesordnung | |
| 2. Niederschrift über die 10. Sitzung vom 12.09.2022 | |
| 3. Anfragen und Anträge | |
| 3.1. Anfrage: Kostenlose Hygieneartikel in LVR-Einrichtungen | Anfrage 15/39
GRÜNE K |
| 3.2. Beantwortung der Anfrage Nr. 15/39 | |
| 3.3. Umsatzsteuerpflicht ab dem 1.1.2023 | Anfrage 15/42 AfD K |
| 3.4. Beantwortung der Anfrage Nr. 15/42 | |
| 3.5. Einrichtungsbezogene Impfpflicht ab dem 1.10.2022 | Anfrage 15/45 AfD K |
| 3.6. Beantwortung der Anfrage Nr. 15/45 | |
| 3.7. Vorbereitung auf einen möglichen "Blackout" | Anfrage 15/46 AfD K |
| 3.8. Beantwortung der Anfrage Nr. 15/46 | |
| 3.9. Weiterführende Fragen zur Verwaltungsausbildung | Anfrage 15/47 Die
FRAKTION K |
| 3.10. Beantwortung der Anfrage Nr. 15/47 | |
| 4. Zwischenbericht zum Modellprojekt "Inklusiver Sozialraum" und Verlängerung des Modellprojektes | 15/1245/1 E |
| 5. Konsequenzen aus der Neufassung des Denkmalschutzgesetzes NRW 2022
hier: Neue gesetzliche Aufgaben des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege | 15/1274 K |
| 6. Regionale Kulturförderung des Landschaftsverbandes Rheinland 2023 | 15/1300 E |
| 7. Stellenpools/Springerstellen und Alltagshelfer*innen
hier: Praxiserfahrungen | 15/1367 K |
| 8. Arbeiten im LVR während und nach der Corona-Pandemie
- aktueller Sachstand | |
| 9. Verschiedenes | |

Nichtöffentliche Sitzung

10. Niederschrift über die 10. Sitzung vom 12.09.2022
11. Anfragen und Anträge
12. Personalmaßnahmen

- | | | |
|-------|--|------------------|
| 12.1. | Wahl der Landesrätin/des Landesrates des LVR-Dezernates 4 – Kinder, Jugend und Familie - | 15/1369 K |
| 12.2. | Personalmaßnahmen
hier: Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung | 15/1345 B |
| 12.3. | Personalmaßnahmen
hier: Zuständigkeit des Landschaftsausschusses | 15/1346 E |
| 12.4. | Befristete Einstellung und Verlängerung von Zeitverträgen von 100% drittmittelfinanziertem wissenschaftlichem Personal im LVR-Dezernat "Kultur und Landschaftliche Kulturpflege" | 15/1373 K |
| 13. | Vergabe einer Beratungsleistung für den LVR-Fachbereich 31 "Umwelt, Baumaßnahmen, Betreiberaufgaben" | 15/1391 B |
| 14. | Verschiedenes | |

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	09:55 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	10:00 Uhr
Ende der Sitzung:	10:00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung bestehen keine Bedenken.

Punkt 2

Niederschrift über die 10. Sitzung vom 12.09.2022

Gegen die Niederschrift bestehen keine Bedenken.

Punkt 3

Anfragen und Anträge

Der **Vorsitzende** regt an, die unter TOP 3 aufgeführten Anfragen und deren Beantwortung (siehe TOP 3.1 bis 3.10) gesammelt zu behandeln. Hierzu besteht Einvernehmen im Ausschuss.

Die Anfragen Nr. 15/39, 15/42, 15/45, 15/46 und 15/47 bzw. deren Beantwortung werden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.1

**Anfrage: Kostenlose Hygieneartikel in LVR-Einrichtungen
Anfrage Nr. 15/39 GRÜNE**

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.2

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/39

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.3

**Umsatzsteuerpflicht ab dem 1.1.2023
Anfrage Nr. 15/42 AfD**

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.4

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/42

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.5

**Einrichtungsbezogene Impfpflicht ab dem 1.10.2022
Anfrage Nr. 15/45 AfD**

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.6

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/45

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.7

**Vorbereitung auf einen möglichen "Blackout"
Anfrage Nr. 15/46 AfD**

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.8

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/46

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.9

Weiterführende Fragen zur Verwaltungsausbildung Anfrage Nr. 15/47 Die FRAKTION

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.10

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/47

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 4

Zwischenbericht zum Modellprojekt "Inklusiver Sozialraum" und Verlängerung des Modellprojektes Vorlage Nr. 15/1245/1

Herr Limbach erläutert, dass das Modellprojekt die Vernetzung des überörtlichen Trägers mit den örtlichen Trägern der Sozialhilfe zum Gegenstand habe. Diese bedinge eine breite Ausschussbeteiligung.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** ohne weitere Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"Der Verlängerung des Modellprojektes "Inklusiver Sozialraum" bis zum 31.07.2025 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1245/1 zugestimmt."

Punkt 5

Konsequenzen aus der Neufassung des Denkmalschutzgesetzes NRW 2022 hier: Neue gesetzliche Aufgaben des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege Vorlage Nr. 15/1274

Herr Limbach führt aus, dass mit dem Land NRW die Frage der Finanzierung der aus der Neufassung des Denkmalschutzgesetzes resultierenden Kosten geklärt werden konnte. Diese würden über das Gemeindefinanzierungsgesetz refinanziert.

"Der erste Bericht zu den Änderungen und Auswirkungen des neuen Denkmalschutzgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (DSchG NRW) aus dem Jahr 2022 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1274 zur Kenntnis genommen."

Punkt 6

Regionale Kulturförderung des Landschaftsverbandes Rheinland 2023 Vorlage Nr. 15/1300

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **mehrheitlich** ohne Aussprache, gegen die Stimme der Fraktion Die FRAKTION, folgenden empfehlenden Beschluss:

"1. Im Rahmen der Regionalen Kulturförderung 2023 wird den gemäß den Anlagen 1 bis 3 zur Vorlage Nr. 15/1300 aufgeführten Projekten mit einem Fördervolumen in Höhe von 7.118.954,83 EUR entsprechend der ergänzenden Empfehlung der Kommission Regionale Kulturförderung, die Mittel des Projektes GFG 23-03-21 in Höhe von 70.000,00 EUR

zugunsten des Projektes GFG 23-05-72 einzusetzen, zugestimmt.

2. Die nicht gebundenen und somit verbleibenden GFG-Mittel in Höhe von 70,83 EUR werden im Rahmen der Regionalen Kulturförderung 2024 für bereits bewilligte Fortsetzungsprojekte verwendet.

3. Für Fortsetzungsprojekte werden 3.507.964,00 EUR für das Jahr 2024 und 473.212,00 EUR für das Jahr 2025 vorgemerkt.

4. Den zur Erfüllung der Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages erforderlichen außer- und überplanmäßigen Erträgen und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen bei Investitionstätigkeiten wird zugestimmt.

5. Die Deckung der Aufwendungen bzw. Auszahlungen zu den Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages erfolgt durch umlageneutrale, pauschale allgemeine Landeszuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG).

6. Die als Anlage 4 beigefügte Tabelle "Förderanfragen, Rücknahmen u. a. (Nachrichtliche Liste)" wird zur Kenntnis genommen."

Punkt 7

Stellenpools/Springerstellen und Alltagshelfer*innen

hier: Praxiserfahrungen

Vorlage Nr. 15/1367

Frau Wucherpfennig und **Herr Boss** verweisen auf den Antrag bzw. den Haushaltsbegleitbeschluss der Fraktionen von CDU und SPD, der der Einrichtung der Stellenpools zugrunde liegt. Beide bedanken sich bei der Verwaltung für die gelungene Umsetzung und unterstreichen die Bedeutung für die weitere Reduzierung befristeter Beschäftigungsverhältnisse. Frau Wucherpfennig würde sich ein appellatives Signal an die Kliniken und Krankenhausausschüsse wünschen, sich der Thematik nochmals anzunehmen.

Herr Klemm schließt sich dem Dank an und schlägt vor, die Vorlage auch den Krankenhausausschüssen vorzulegen.

Nach einem kurzen Austausch, an dem sich **Frau Wucherpfennig, Herr Boss und Herr Klemm** beteiligen, schlägt **Herr Limbach** vor, die Thematik mit dem Dezernat 8 mit der Zielrichtung zu besprechen, die erfolgreiche Praxis aus dem sog. NKF-Bereich ggf. auf die Kliniken zu übertragen.

Der **Vorsitzende** stellt zu diesem Vorschlag Einvernehmen im Ausschuss fest.

"Der Bericht der Verwaltung zu den Praxiserfahrungen mit den Springerstellen und Alltagshelfer*innen und die geplante weitere Entwicklung des Springer-Pools werden gemäß Vorlage Nr. 15/1367 zur Kenntnis genommen."

Punkt 8

Arbeiten im LVR während und nach der Corona-Pandemie - aktueller Sachstand

Herr Limbach berichtet, dass die Einflüsse der Corona-Pandemie im LVR weiterhin rückläufig sind. Die Zahl der infizierten MA belaufe sich zum 23.11.2022 auf 235 Personen, was gegenüber dem Stand zwei Wochen zuvor einen Rückgang von 57 bedeute. Inzwischen habe man die Taktung des Krisenstabes auf einmal monatlich verlängert, könne aber jederzeit im Bedarfsfall ad hoc Sitzungen durchführen.

Durchgreifende Einschränkungen des Betriebs im LVR durch coronabedingte Ausfälle gebe es nicht. Allerdings seien jahreszeittypisch vermehrt wieder Erkältungskrankheiten zu verzeichnen.

Er führt weiter aus, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht wie vorgesehen zum 31.12.2022 auslaufen werde und in ihren Folgewirkungen im LVR aktuell keine Rolle mehr spiele. Die weit überwiegende Mehrheit der Gesundheitsämter betreibe die Verfahren nicht weiter, so dass kaum weitere Tätigkeits- und Betretungsverbote ausgesprochen würden. Das MAGS habe mit seinem 30. Impferlass ausgeführt, dass die bestehenden ambulanten Impfangebote der Ärzteschaft und der Apotheken bedarfsdeckend seien. Arbeitgeberseitige Impfangebote im LVR werde es daher weiterhin nicht mehr geben. Trotz der aktuellen politischen Diskussion über die Risikolagen der Corona-Pandemie werde nach Einschätzung der Verwaltung spätestens nach Ende des Winters die Frage zu stellen sein, ob die Pandemie als beendet gelte und in eine Endemie übergehe. Dem auslaufenden Spannungsbogen des Themas würde dies jedenfalls gerecht. Sicherlich habe diese Entwicklung – auch wenn nach Maßstäben des Infektionsschutzes völlig irrelevant – mit den weiteren aktuellen Krisenthemen zu tun.

Herr Limbach teilt weiterhin mit, dass, wie im vergangenen Jahr, ab Mitte Oktober auch für das Personal des sog. NKF-Bereichs an fünf Standorten eine Gripeschutzimpfung angeboten wurde. Hiervon hätten 416 Kolleginnen und Kollegen Gebrauch gemacht.

Die Veränderungsprozesse des Mobilen Arbeitens sind laut Aussage von Herrn Limbach auf einem guten Weg. Der technische Rollout, das heißt die Umstellung auf mobile Endgeräte als Voraussetzung für ein desk-sharing-System, werde bis zur Jahresmitte 2023 abgeschlossen sein. Die Modalitäten des Arbeitens außerhalb des Büros wurden mit der Dienstvereinbarung Mobiles Arbeiten im LVR vereinbart. Die Begleitgruppe von Verwaltung und GPR, die die Umstellungsprozesse und vor allem etwaige Schwierigkeiten frühzeitig bespreche, werde am 05.12.2022 zu ihrer dritten Sitzung zusammenkommen. In den Abteilungen und Teams würden die Umfänge des Mobilen Arbeitens festgelegt. Zu etwaigen Vorfestlegungen eines bestimmten Verhältnisses zwischen Präsenzarbeit und mobiler Arbeit würden aktuell die Benehmensherstellungen mit den örtlichen Personalräten durchgeführt – so wie es in der DV Mobiles Arbeiten festgelegt worden sei.

Abschließend erklärt Herr Limbach, dass allen Beteiligten bewusst sei, dass der Umstieg auf ein desk-sharing-Modell und damit ein Abrücken vom individuell zugewiesenen Arbeitsplatz eine Veränderung der Arbeitskultur und Eingewöhnung bedeute. Dennoch sei dies der richtige und zeitgemäße Weg, um die bestehenden Büroflächen sinnvoll auszulasten und dem anteiligen Arbeiten außerhalb des Büros Rechnung zu tragen.

Punkt 9
Verschiedenes

Herr Limbach berichtet über die anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und die Forderung der Gewerkschaften nach einer linearen Tarifsteigerung von 10,5% und einer Mindeststeigerung von 500 € in den unteren Entgeltgruppen. Er glaube, dass die Tarifabschlüsse der Diakonie mit rund 7 % und jüngst in der Metallindustrie mit 5 % im ersten und weiteren 3 % Tarifsteigerung im zweiten Jahr, zuzüglich einer hälftigen Nutzung der sog. Inflationsausgleichsprämie von 3.000 €, eine Referenzgröße darstellen könnten. Herr Limbach prognostiziert eine Laufzeit des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst von 24 Monaten und eine vergleichbare Entwicklung zwischen den Branchen.

Mechernich, den 08.12.2022

Der Vorsitzende

S c h m i t z

Köln, den 01.12.2022

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

L i m b a c h